

# Inhaltliche Ergebnisse des Wahlforums zur OB-Wahl in Dresden

vom 10. Mai 2022

Von Janek Treiber und Anne Herpertz im Auftrag von  
Herz statt Hetze, DGB Region Dresden-Oberes Elbtal  
und dem Studierendenrat der TU Dresden.



Am 10.05.2022 fand das Wahlforum zur Oberbürgermeister:innenwahl im Gewerkschaftshaus statt. Organisiert wurde dies in Kooperation von Herz statt Hetze, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Studierendenrat der Technischen Universität Dresden. [Die Veranstaltung wurde gestreamt und ist auch weiterhin online abrufbar](#). Auf dem Podium saßen André Schollbach (Die Linke), Albrecht Pallas (SPD), Dirk Hilbert (Unabhängige Bürger für Dresden e.V.), Eva Jähnigen (Bündnis 90/Grüne) und Dr. Martin Schulte-Wissermann (Piratenpartei).

Nach der Vorstellungsrunde begann die Veranstaltung mit Abstimmungsfragen – grün bedeutet Zustimmung, rot bedeutet Ablehnung. Das sind die Ergebnisse:

Fragestellung: In meiner Amtszeit...	Schollbach	Pallas	Hilbert	Jähnigen	Schulte-Wissermann
... bekommt Dresden ein neues Schwimmbad.	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung
... werden die Tickets für den ÖPNV teurer.	Ablehnung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Ablehnung
... wird es sichere, durchgängige Radwege aus allen Richtungen zum Campus der TUD geben.	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung
... wird am Alten Leipziger Bahnhof ein Gedenk- und Lernort entstehen.	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung
... wird es mehr bezahlbaren Wohnraum in Dresden geben.	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung
... werden in Dresden mehr Straßen zu Tempo 30-Zonen.	Zustimmung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Zustimmung

Fragestellung:	Schollbach	Pallas	Hilbert	Jähnigen	Schulte-Wissermann
Antifaschistische Initiativen sind meine Partner:innen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in Dresden.	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung	Zustimmung
Dresden kann beim Thema Protestkultur einiges von Leipzig lernen.	Zustimmung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Zustimmung

Die erste Runde mit offenen Fragen beschäftigte sich mit dem Themen **Migration und Flucht**. In Anbetracht des Angriffskrieges auf die Ukraine und der damit verbundenen vermehrten Flucht aus der Ukraine ist dieses Thema besonders aktuell. Es gab aber auch andere Fluchtbewegungen und weitere werden folgen. Die Kommunen stehen dabei immer vor besonderen Herausforderungen:

**"Ist es nicht an der Zeit, dass die Verwaltung der Stadt Dresden ein Konzept dafür hat, wenn es darum geht, innerhalb kürzester Zeit mehr Geflüchtete aufzunehmen? Bisher wird bei jedem neuen Anlass von Null angefangen, viel muss vom Ehrenamt gestemmt werden. Was wäre Kern dieses Konzeptes?"**

- **André Schollbach** lobt die Hilfsbereitschaft der Bürger:innenschaft, auch darf es laut ihm keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben. Schollbach verweist auf die Erfahrungen der letzten Jahre, die dazu beigetragen haben, dass die Stadtverwaltung jetzt schneller und professioneller arbeiten konnte. Er erkennt die Probleme an, die Ausnahmesituationen mit sich bringt, möchte aber nicht nur das Negative sehen. Probleme müssen angegangen werden und privates Engagement darf nicht überlastet werden.
- **Eva Jähnigen** sieht eine Chance darin, die Willkommenskultur in Dresden zu stärken. Sie wirbt für eine professionelle Arbeitsstruktur der Verwaltung. Jähnigen plädiert für einen Integrationsgipfel, bei denen sich Bürger:innenschaft, Institutionen, Träger und die Verwaltung mit dem Freistaat an einen Tisch setzen und das Geschehene evaluieren, um daraus zu lernen und gemeinsam ein Konzept zu entwickeln.
- **Albrecht Pallas** unterstreicht – wie Schollbach – die Tatsache, dass es keine Unterschiede in der Behandlung Geflüchteter geben darf, jetzt werden besondere Standards gesetzt, die erhalten bleiben müssen. Er verweist auch auf die Lerneffekte aus den letzten Jahren. Integration darf nicht nur funktional gesehen werden, in der Vielfalt ist eine

Stärke zu erkennen. Pallas hebt die Erfolge der damaligen Stadtratsmehrheit mit dem Land hervor und plädiert aus der jetzigen Situation zu lernen.

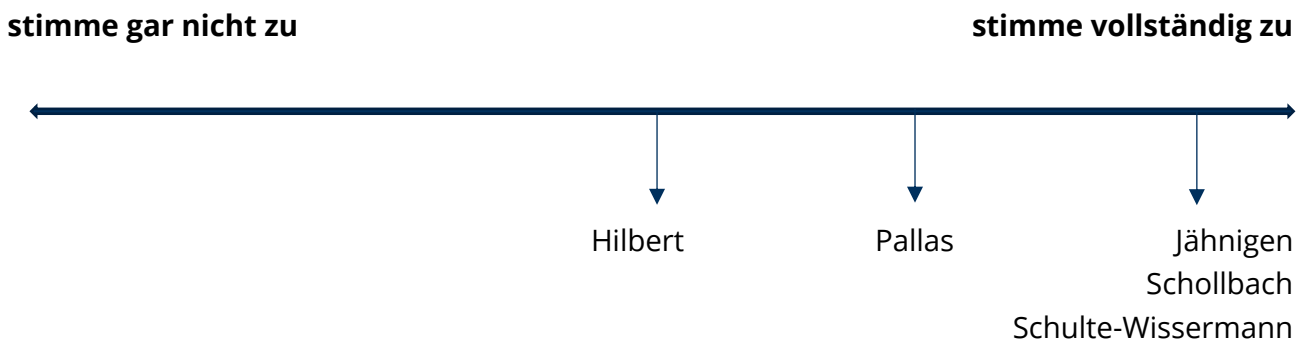
- **Dirk Hilbert** lobt ebenso die Schnelligkeit der Verwaltung und das Engagement in der Bürger:innenschaft heute im Vergleich zum damaligen Geflüchtetenstrom. Diesmal wurde nicht auf Zuständigkeiten geschaut, sondern einfach "getan". Er wirbt dafür, dass die jetzigen Abläufe professionalisiert und Netzwerke und Strukturen gestärkt werden sollen. Die ukrainische Community hatte bereits ein Netzwerk in Dresden, auf das zurückgegriffen werden konnte.
- **Dr. Martin Schulte-Wissermann** hebt hervor, dass in bisherigen Krisen wie der Flut 2013 soziale Netzwerke und somit Ehrenamtliche mehr geholfen haben als die Stadtverwaltung. Integration muss ständig und stetig möglich sein, Barrieren zu senken und bedarfsspezifisch zu fördern steht dabei im Mittelpunkt. Er plädiert für ein kommunales Integrationszentrum als zentrale Stelle, die mit der Stadt und verschiedenen Organisationen koordiniert sowie dauerhaft, schnell und bedarfsorientiert handeln kann.

**"Oft gibt es Kritik am Verwaltungshandeln, besonders an der Ausländerbehörde. Wie wollen Sie gewährleisten, dass die Ausländerbehörde ihren Ermessensspielraum z.B. bei der Arbeitserlaubnis oder bei der Anerkennung persönlicher Dokumente nutzt?"**

- **André Schollbach** verweist auf die Stellung des OB als Leitung der Verwaltung und sieht die Verwaltungsleitung in der Pflicht zu handeln. Sie kann interne Richtlinien erlassen, die Mitarbeiter:innen sagen, in welche Richtung Ermessensspielräume ausgelegt werden. Diese müssen entsprechend genutzt werden.
- **Albrecht Pallas** setzt große Hoffnungen in das Chancen-Aufenthaltsrecht des Bundes, das einen größeren Rahmen setzt als die Stadtverwaltung kann. Auch die Landespolitik muss ordentliche, humane Rahmen setzen. Die zuständigen Behörden müssen "Aufenthalts- und nicht Abschiebebehörden" werden, darauf möchte er kommunal hinwirken.
- **Dirk Hilbert** betont die Festlegungen und Bindung an das Bundesrecht und dass es dort rechtlich keine Ermessensspielräume gibt. Hilbert sieht besondere Chancen in der Neubesetzung der Abteilungsleitung vor ein paar Wochen, welche jetzt bereits positive Auswirkungen zeigt, weshalb mehr geflüchtete Menschen nun Dresden ansteuern.
- **Eva Jähnigen** nimmt die Klagen der Betroffenen sehr ernst. Es genügt nicht, nur auf Richtlinien zu zeigen – eine unabhängige Evaluation von außen muss stattfinden. Der Austausch zwischen verschiedenen Städten soll hergestellt werden. Eine richtige Fehlerkultur ist so notwendig wie personelle Vielfalt und weltoffene Kultur in den Behörden.
- **Dr. Martin Schulte-Wissermann** sieht das Problem nicht nur bei der Behörde: Auch die Security-Unternehmen und DVB-Kontrolleur:innen der Stadt sind problematisch. "Integration ist keine Einbahnstraße" – mit einem Integrationszentrum kann von Trägern und Initiativen gelernt werden und das strahlt in die Verwaltung zurück.

Der zweite Themenkomplex beschäftigte sich mit der **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, PEGIDA und Querdenken** in der Stadt. Dazu konnten sich die Kandidat:innen zwischen den Polen "stimme vollständig zu" und "stimme gar nicht zu" aufstellen.

**Frage eins: "Wenn Neonazis mit antisemitischen Parolen durch Dresden ziehen, dann würde ich mich einer friedlichen Sitzblockade dagegen anschließen."**



**Schollbach** und **Schulte-Wissermann** gaben zu, sich schon an Sitzblockaden am 13. Februar beteiligt zu haben, um zu verhindern, dass Nazis durch Dresden marschieren. Schulte-Wissermann schränkte ein, bei zu wenigen Menschen auf der Straße symbolische Blockaden zu bevorzugen. Für **Jähnigen** gehört Gewaltfreiheit und ziviler Ungehorsam schon seit ihrer Jugend zusammen. Am besten sei es, wenn Blockaden nicht nötig sind, da einfach so schon genug Menschen auf der Straße sind. **Pallas** findet es in einer Demokratie wichtig, dass auch Rechts-extreme demonstrieren dürfen, auch wenn es ihn "ankotzt". Er unterstützt symbolische Sitzblockaden, als Polizist ist er nicht immer für Verhinderungsblokaden. Pallas und Jähnigen verweisen, dass die Signale der bisherigen OBs in die Stadtgesellschaft gefehlt haben. **Hilbert** meint, er geht mit klarer Haltung voran – er verortet sich in der Mitte, da Sitzblockaden nicht sein Mittel der Wahl sind. Er verweist aber auf das Rechtsgutachten, dass Sitzblockaden als legitimes Mittel anerkannt worden sind.

**"Wenn Rechtsradikale wöchentlich in meiner Stadt aufmarschieren, dann muss auch jede Woche dagegen auf die Straße gegangen werden."**

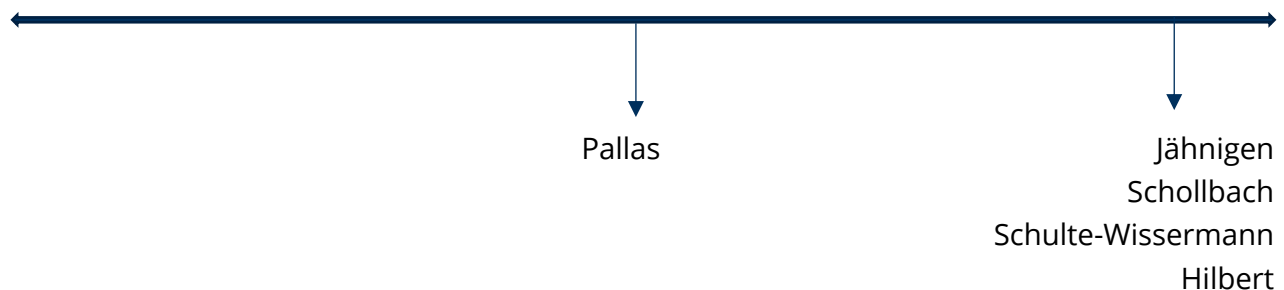


**Hilbert** gibt an, für klare Haltung und Zeichen zu stehen, will sich aber den Kalender nicht von den politischen Rändern diktieren lassen, denen laut ihm zu viel Aufmerksamkeit geschenkt. **Schulte-Wissermann** stimmt nicht vollständig zu – laut ihm kommt es drauf an, die kleinen rechtsradikalen Demonstrationen nicht durch Aufmerksamkeit aufzuwerten. Es sei trotzdem enorm wichtig, im privaten Umfeld und auf Demonstrationen gegen rechtes Gedankengut vorzugehen. **Jähnigen** sieht diese Proteste nicht als Randphänomen, da z.B. Alltagsrassismus nicht nur am Rand stattfindet. Deshalb sei Nicht-Aufmerksamkeit keine Lösung. Sie möchte nicht versprechen, jede Woche auf der Straße zu sein, aber möchte klare Signale aus der Stadtspitze senden. Sie verspricht so zu unterstützen, dass ein "Schichtbetrieb" ermöglicht wird. **Schollbach** bekräftigt, dass es kein Randphänomen ist und erinnert an Jagdszenen vom Dresdner Stadtfest 2016, die Taten der Terrorgruppe Freital. Viele Personen werden auf solchen Demonstrationen dazu aufgestachelt. Er sieht die Stadtspitze in der Pflicht, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. **Pallas** markiert den Unterschied zu anderen Städten – in Dresden fehlen die starken Zeichen, von anderen Städten muss gelernt werden. Die Menschen, die seit Jahren auf die Straße gehen, brauchen mehr Unterstützung.

**"Wer behauptet, dass Deutschland eine Diktatur sei, mit dem führe ich keinen Dialog in der Öffentlichkeit."**

stimme gar nicht zu

stimme vollständig zu



**Pallas** steht zwischen beiden Polen, da er es nicht gänzlich ausschließen möchte. Er will in der Öffentlichkeit nicht mit solchen Organisationen sprechen. Er sieht, dass Menschen aus unterschiedlichen Motiven diesen Gedanken folgen. Mit Orientierung suchenden Menschen ist er bereit zu sprechen, da er ein unerfülltes Bedürfnis dahinter sieht, dass er lösen möchte. Für **Jähnigen** sind Demokratie und Menschenrechte unverhandelbar, sie würde Personen jenseits dieses Standpunktes auf keine Bühne einladen. Sie würde zwar das persönliche Gespräch nicht prinzipiell abblocken, jedoch keine öffentliche Bühne für diese Standpunkte bieten. Für **Hilbert** gibt es die roten Linien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er möchte die Menschen zwar abholen, aber wenn die roten Linien überschritten werden, sieht er sich nicht mehr als Gesprächspartner. **Schulte-Wissermann** verweist auf den Hintergrund der verschwörungsideologischen Aussagen: Wenn Deutschland eine Diktatur sei, ist dies ein indirekter oder direkter Aufruf zu Gewalt. Im Privaten muss man jedoch bereit sein, Menschen zu helfen, auf einer öffentlichen Bühne jedoch nicht. **Schollbach** findet es falsch, rechten Hetzern dauerhaft so viel

Aufmerksamkeit zu schenken. Er fragt, warum der sächsische Ministerpräsident der Zivilgesellschaft nicht öfter sein Ohr schenkt. Feinden der Demokratie darf keine Bühne und keine Stimme gegeben werden.

Der dritte Themenkomplex **bezahlbares Wohnen ermöglichen** beginnt mit einer letzten Positionierung zu der Aussage:

**"Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss sich Dresden unter Umständen auch neu verschulden."**

stimme gar nicht zu

stimme vollständig zu



**Pallas** spricht von der größten Erneuerung seit 1990 – kräftige Investitionen in Infrastruktur gehören dazu. Alle Teile der Bevölkerung müssen teilhaben können, besonders die Frage des bezahlbaren Wohnraumes betrifft inzwischen auch große Teile der Mittelschicht. Er wäre bereit, Schulden aufzunehmen, weil die Situation auf dem Finanzmarkt es so günstig wie nie zulässt. Für **Jähnigen** geht es um Existenzsicherung beim Wohnen. Vorsorge ist wichtig, da es keine dauerhafte Lösung ist, wenn sich Anteile der Vonovia in einigen Stadtteilen konzentrieren. Sie meint, bezahlbares Wohnen muss über Kredite finanziert werden, weil es keine anderen Möglichkeiten gibt, aber dies sollten aber keine konsumtiven Schulden, sondern investive Schulden sein. **Schollbach** hält die Frage des bezahlbaren Wohnens für die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts. Er plädiert für mehr sozialen Wohnungsbau und eine Mietpreisbremse. Schollbach verweist darauf, dass der jetzige Wohnungsbau schon über Kredite finanziert wird. Die Sozialwohnungsbauquote müsse auf kommunaler Ebene wieder auf 30% steigen. **Schulte-Wissermann** bezeichnet die Schuldenfrage als ideologisch aufgeblasen. Die Frage, ob man für etwas Schulden aufnehme, sei eine Rechenaufgabe. Das tut die WiD schon jetzt und kann Schulden durch Mieteinnahmen tilgen. Für das Affenhaus wurden 13 Mio. konsumtive Schulden aufgenommen, die sich nie von selbst abbezahlen, da gab es auch keinen Aufstand. Er würde investive Schulden aufnehmen, die sich später auszahlen. **Hilbert** ist ganz klar gegen Neuverschuldung. Die Politik neige dazu, allen alles zu versprechen, was zu immer mehr Schulden führe. Außerdem sind die Zeiten des Nullzinses vorbei. Dresden müsse nun für Kommunen zahlen, die sich verschuldet haben. Die Stadtgesellschaften nehmen natürlich Kredite auf, aber die müssen nach wirtschaftlichen Kriterien ablaufen. Eine Verschuldung im Stadthaushalt schließt er aus und warnt vor den Folgen.

**"Was sind Ihre zwei wichtigsten Maßnahmen, um bezahlbaren Wohnraum in Dresden in den nächsten sieben Jahren Amtszeit wieder herzustellen?"**

**Schulte-Wissermann:**

- **Kooperatives Baulandmodell:** Sozialbauquote von 30% wiederherstellen
- Gemeinwohlorientiertes **Bauen:** Teile der neuen Gebäude der WiD, dem Miethäuser-syndikat oder anderen gemeinwohlorientierten Player überlassen – so bekommen Investoren nicht nur "Schlafsilos" sondern ein durchmischtes, attraktives Baugebiet

**Jähnigen:**

- **Aktive Bodenpolitik:** kooperatives Baulandmodell mit Sozialbauquote stärken und Vorkaufsrechte ausweisen und nutzen
- **Klimagerechtes Bauen:** Energiekosten (Warmmieten) sparen, vorsorgend investieren

**Hilbert:**

- **Nicht stark regulativ eingreifen:** keine Investoren durch Regularien verschrecken, eng mit Genossenschaften zusammenarbeiten
- **10.000 neue Wohneinheiten für die WiD:** bauen und auch ankaufen, Belegrechtswohnungen absichern

**Pallas:**

- **Bedarfsgerechtes Bauen:** soziale Wohnbauförderung, familienfreundliches Bauen
- **Modernisierung der Gebäude für Erneuerbare Energien:** Flächenpotential von bisher schon gebauten Gebäuden ausnutzen

**Schollbach:**

- **Wohnungsbau:** privater Bau mit 30%-Sozialwohnungsquote, genug Gewicht auf städtischen Wohnungsbau, um auf Mietenentwicklung Einfluss zu erhalten
- **Aktive Grundstückspolitik:** Vorkaufsrechte nutzen, Verbot für Privatisierung von Grundstücken

Nach den drei inhaltlichen Blöcken gab es noch Raum für **Zuschauer:innen-Fragen**, die Fragen konnten auch direkt an eine/n Kandidaten/Kandidatin gestellt werden.

**Frage 1: "Warum haben sich die drei Parteien Linke/Grüne/SPD nicht auf einen Kandidaten/eine Kandidatin geeinigt?"**

**André Schollbach** antwortet stellvertretend für alle: Die drei Kandidierenden und Parteien haben sich verständigt, im ersten Wahlgang sollen die Bürger:innen entscheiden können, wer den bisherigen OB Hilbert herausfordern soll. Die beiden unterlegenen werden dann für den/die Gewinner/in aus dem ersten Wahlgang für den zweiten Wahlgang werben.



**Frage 2: "Herr Hilbert, ich habe die Demos in Dresden hier schon lange verfolgt. Sie meinen, sie beschäftigen sich nicht mit den Randgruppen. Ich möchte von Ihnen benannt haben, um welche Gruppen es sich handelt. Der Begriff Randgruppen hat mich aufgerüttelt, da ich sie sehr sehr selten sehe und Sie sich nicht in die erste Reihe gegen Nazis gestellt haben, so wie es andere Bürgermeister getan haben."**

**Hilbert** schätzt die Versammlungsfreiheit und den Minderheitenschutz als hohe Güter, auch wenn einem selbst Meinungen nicht gefallen. Für ihn sind Randgruppen jene Gruppen, die außerhalb der Verfassung stehen, ob sie rechts oder links sind. Er ist fest verortet auf dem Boden der Verfassung.

**Frage 3: "Wenn Sie als Bürgermeister:in Verantwortung tragen auch für die Verantwortung für die Kommunikation der Stadt, wollen Sie sich an die deutsche Rechtschreibung halten oder wollen sie ein linkes Eliteprojekt wie das Gendern durchsetzen? Viele fühlen sich dadurch ausgegrenzt, die normalerweise eher zentral standen vorher."**

**Schulte—Wissermann** sagt, er nehme den Punkt zum Gendern, ihm ist aber egal ob Menschen den Doppelpunkt, das Sternchen oder nichts nehmen. **Jähnigen** möchte den Menschen nichts vorschreiben, ist aber dafür, dass so gesprochen und geschrieben wird, dass Vielfalt betont wird. Bei **Hilbert** sind die Menschen "Dresdnerinnen und Dresdner", er hält nicht davon, zwingend eine Sternchensprache einzuführen, jeder soll machen wie er/sie will. **Pallas** meint, der Streit über Gendersprache lenkt vom eigentlichen Problem der fehlenden Gleichberechtigung der Geschlechter ab, die eigentlich im Zentrum stehen. Er respektiert, wenn Menschen dies nicht wollen, für ihn ist gendern im Sprachgebrauch aber normal geworden. Für **Schollbach** sind andere Dinge wichtiger: Er spricht sich für eine 50%-Quote von Frauen in städtischen Führungspositionen auf. Jeder Mensch soll für sich entscheiden, wie er/sie sprechen möchte – Hauptsache respektvoll.

**Frage 4: "Durch steigende Lohn- und Nebenkosten sind die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit gefährdet, ganz besonders auch in Stadtteilen, die besonders prekär dastehen. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Angebote gesichert finanziert werden können?"**

**Schollbach** betont die hohe Armutsgefährdungsquote in Dresden und damit auch die Relevanz der Kinder- und Jugendarbeit. Die soziale Spaltung muss überwunden werden. Jedes Mal, wenn über den städtischen Haushalt verhandelt wird, ist es ein Kampf, dass es keine Einschnitte gibt. In der Vergangenheit bis 2019 mit einer Mehrheit im Stadtrat vom SPD, Linke, Grüne und Piraten wurde deutlich mehr Geld reingesteckt. Schollbach hebt hervor, dass Einschnitte in den Angeboten drohen – darüber muss der Stadtrat sprechen und investieren. **Pallas** verweist auf die Jugendpauschale des Landes und dass die schweren Zeiten mit flächendeckend wegbrechenden Angeboten bereits hinter uns liegen. Er sieht die Bemühungen, in der Krise nicht gespart zu haben. Für ihn geht es mehr als um Jugendarbeit, er möchte der Jugend eine Perspektive geben (Jugendclubs finanzieren, Räume für junge Menschen schaffen). **Hilbert** verweist

darauf, dass die Lohnkostenentwicklung in allen Bereichen spürbar steigend ist. In der nächsten Haushaltsplanung muss sich damit verantwortungsvoll auseinandergesetzt werden, dabei aber auch geschaut werden, wo die höheren Einnahmen dafür auch herkommen. Er kritisiert den Freistaat, dass Förderungen gestrichen wurden, wo dann die Stadt Dresden kompensatorisch einspringen musste. **Jähnigen** sieht die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als essentiell, vor allem um die Folgen der Coronakrise abzufedern. Auch die Integration von jungen Geflüchteten ist eine neue große Herausforderung. Trotz der Haushaltssituation müssen diese Angebote ausgebaut werden. Sie möchte mehr Beteiligung für Kinder- und Jugendliche und eine stärkere Einbindung der Träger, damit diese nicht nur Dienstleister sind, sondern auch mitbestimmen können. **Schulte-Wissermann** betont, dass soziale Infrastruktur auch Infrastruktur ist. Wenn sie kaputt geht, ist es deutlich teurer und schwieriger, sie wieder aufzubauen. Er kritisiert, dass das gesparte Geld der Stadt während der Corona-Krise nicht wieder in soziale Infrastruktur geflossen ist. Schulte-Wissermann hätte das gesparte Geld in die Kinder und Jugendarbeit gesteckt - aus dem sozialen Topf dürfen keine anderen Dinge finanziert werden.

Im letzten Teil konnten sich die Kandidierenden aussuchen, auf welche der drei Fragen sie antworten möchten.

#### **Frage 5: "Was sind die weiteren Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV in Dresden?"**

- **Schulte Wissermann:** Ausbau des ÖPNV, Finanzierung ist zu lösen – ÖPNV muss grundsätzlich auf andere Finanzierungsmodelle umstellen (Nutznießertum, Umlagefinanzierung, Parkgebühren rauf und ÖPNV-Preise stabil halten oder senken)
- **Jähnigen:** Klimaneutrale Stadt bis 2035 mit Stärkung ÖPNV möglich, Finanzierung aus Stadthaushalt, Beiträge für Menschen mit mehr Einkommen erhalten, Ausweitung Angebot der DVB, Straßenbahn beschleunigen, Nutzungsgrad erhöhen, Straßen entlasten

#### **Frage 6: "Was möchten Sie für Kinder und Jugendliche in der Stadt Dresden machen?"**

- Auf diese Frage antwortete niemand direkt.

#### **Frage 7: "Ich möchte mich nach den Beschäftigten der Landeshauptstadt erkundigen. Sie sind schließlich einer der größten Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb. Welche attraktiven Arbeitsbedingungen stellen sie sich für motivierte Beschäftigte vor, die Sie dann umsetzen können?"**

- **Hilbert:** moderne Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen, Verwaltungszentrum ist ein Anfang, Sanierung und Modernisierung des Rathauses, Digitalisierung der Verwaltung voranbringen, gesellschaftliche Wertschätzung für die Beschäftigten

**Pallas und Schollbach** antworteten auf keine Frage für sich genommen, sondern in Teilen auf alle drei Fragen:

- **Pallas:** viele Aufgaben liegen vor uns, die beherzt angegangen werden müssen (gut bezahlte Arbeitsplätze, gute Bildungseinrichtungen, Wohnumfeld und eigene Orte für das Umfeld, Straßenbahn- und Busnetz ausbauen)
- **Schollbach:** Stadt gerechter machen und besser führen, soziale und Klimafrage zusammen denken und lösen (Ticketpreise bis 2030 nicht erhöhen, damit Menschen sich Bus und Bahn leisten können und umsteigen)

Die Abschlussrunde fragte, was sich die Kandidierenden für Dresden am meisten wünschen:

- **Hilbert:** wieder ein aktives jüdisches Leben in Dresden, dafür bietet sich ein Projekt in der Leipziger Vorstadt an
- **Pallas:** dass die Frage, ob die Stadt Dresden Heimat für unterschiedliche Lebensentwürfe, Perspektive und Herkunft mit ja beantwortet werden kann
- **Schollbach:** dass die soziale Spaltung in Dresden überwunden wird
- **Schulte-Wissermann:** dass alle eine Person, die auf der Bühne sitzt, wählen, im Bekanntenkreis Werbung gemacht wird, wählen zu gehen, damit es am Ende nicht die Wahl zwischen X und einem blauen Eimer ist
- **Jähnigen:** nach der Wahl ein neues Kapitel aufschlagen, damit Dresden eine weltoffene, europäische, klima- und sozialgerechte Perspektive hat und sie als Oberbürgermeisterin darauf hinwirken kann